

Karlsruhe, 21.10.03

Pressemitteilung

Medienrat gegen Bürgerengagement

Der Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) entscheidet gegen mehr ehrenamtliches, selbstverwaltetes Radio in Karlsruhe

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am gestrigen Montag, den 20. Oktober 2003, stimmte der Medienrat Baden-Württemberg den Vorlagen des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) zur Neulizenzierung des Nichtkommerziellen lokalen Hörrundfunks (NKL) in Baden-Württemberg zu.

In Karlsruhe auf der Frequenz 104,8 MHz werden die für den nichtkommerziellen Anbieter Querfunk Freies Radio Karlsruhe ungünstigen Sendezeiten festgeschrieben: Auch künftig soll die nicht nachvollziehbare Teilung der Frequenz zwischen drei Parteien Gültigkeit haben. Damit verschenkt die LfK die Möglichkeit für eine klare, gerechte und sinnvolle Neustrukturierung der Sendezeiten.

Mit dieser Entscheidung bleibt Querfunk weiterhin die Sendezeiten unter der Woche verwehrt, an denen ehrenamtliche RedakteurInnen Sendungen gestalten können, denn die Abendstunden von Montag bis Donnerstag von 17 bis 22 Uhr verbleiben beim Berufsausbildungsfunk der "Lernradios".

Durch die nur eingeschränkt zur Verfügung stehende Sendezeit, besonders wegen der fehlenden Abendstunden unter der Woche, bleibt es unmöglich, weitere radiointeressierte Menschen an der Programmgestaltung mitwirken zu lassen. Aber gerade durch die Teilhabe an nichtkommerziellen Radioprogrammen soll den hier in Baden-Württemberg lebenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Meinung und ihre Musik in den elektronischen Massenmedien zu verbreiten. Der Berufsausbildungsfunk des Lernradios erfüllt diese zur Verwirklichung der Meinungsfreiheit wichtige Funktion nicht.

Der Medienrat hat sich mit seiner Entscheidung gegen Bürgerbeteiligung und Vielfalt in den Massenmedien ausgesprochen.

Da in der gleiche Sitzung des Medienrates den Lernradios eine eigene 24 Stunden Frequenz in Bruchsal zugesprochen wurde, ist die Zementierung der ungünstigen Situation auf der Karlsruher Frequenz völlig unverständlich.

Querfunk wird juristisch gegen die Fehlentscheidung der Landesanstalt für Kommunikation vorgehen. Ziel ist Bürgerbeteiligung und Vielfalt stärker in der Radiolandschaft durchzusetzen - so wie es auch im Landesmediengesetz vorgesehen ist.

Freies Radio bleibt widerspenstig.

Mit freundlichen Grüßen